



9. Sitzung des Gemeinderates

Datum, Zeit	Montag, 30. September 2019, 19:00 Uhr bis 20:27 Uhr
Ort	Katholisches Pfarreizentrum Leepünt
Vorsitz	Reto Heeb (BDP/CVP/EVP), Gemeinderatspräsident
Anwesend	37 Gemeinderatsmitglieder
Entschuldigt abwesend	Rolf Biggel (FDP) Benedikt Stockmann (BDP/CVP/EVP) Theo Zobrist (SP)
Protokoll	Edith Bohli, Gemeinderatssekretärin
Stimmzähler	Andreas Sturzenegger: Mitte inkl. Bürotisch Angelika Murer Mikolasek: Bereich glp/GEU und SP/Grüne Cornelia Schwarz: Bereich SVP



Traktanden

1. Mitteilungen
2. Interpellation Julian Croci (GP) und 9 Mitunterzeichnende „Mitnahme-Verbot Hauptsammelstelle und Schliessung der Brockenstube des Frauenvereins“ / Beantwortung GR Geschäft Nr. 86/2019
3. Interpellation Stefanie Huber (glp/GEU) und 3 Mitunterzeichnende „Stadtentwicklung Hochhäuserzone“ / Beantwortung GR Geschäft Nr. 94/2019
4. Bürgerrechtsgesuche
 - 4.1. Yilmaz Nurten, türkische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung GR Geschäft Nr. 53/2019
 - 4.2. Barthes Pauline Danièle Charlotte, französische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung GR Geschäft Nr. 78/2019
 - 4.3. Mavriqi Ganimete (serbische und montenegrinische Staatsangehörige) sowie die Kinder Mavriqi Elira (serbische und montenegrinische Staatsangehörige) und Arifi Mavriqi Vlera (französische Staatsangehörige), Dübendorf / Genehmigung GR Geschäft Nr. 74/2019
 - 4.4. Rottler Silke Monika, deutsche Staatsangehörige, Gockhausen / Genehmigung GR Geschäft Nr. 75/2019
 - 4.5. Mc Carthy Charlotte Jasmine, französische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung GR Geschäft Nr. 80/2019
5. 1. Fragestunde im Amtsjahr 2019/2020

1. Mitteilungen

Mitteilung des Gemeinderatspräsidenten

Gemeinderatspräsident Reto Heeb (BDP/CVP/EVP) begrüsst die Mitglieder des Gemeinderates und des Stadtrates sowie die Medienvertreter und das Publikum zur 9. Sitzung der Legislaturperiode 2018-2022. Die Abnahme des Protokolls der letzten Sitzung ist für diese Sitzung noch nicht traktandiert. Damit das Protokoll für diese Sitzung hätte traktandiert werden können, hätte es gleichzeitig wie die Sitzungsunterlagen verschickt werden müssen. Zu diesem Zeitpunkt lag das Protokoll noch nicht vor. Wie in der Vergangenheit in solchen Fällen üblich, werden an einer nächsten Gemeinderatssitzung zwei Protokollabnahmen traktandiert.



Der Gemeinderatspräsident Reto Heeb (BDP/CVP/EVP) orientiert, dass die Einladung zur Sitzung mit der Traktandenliste rechtzeitig versandt und im Glattaler als amtliches Publikationsorgan veröffentlicht wurde. Es werden keine Einwände gegen die Reihenfolge der Traktanden erhoben.

Für die Sitzung entschuldigt haben sich Rolf Biggel (FDP), Benedikt Stockmann (BDP/CVP/EVP), Theo Zobrist (SP) und Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU).

Neue Geschäfte seit der letzten Sitzung

- Bewilligung eines Projektierungskredites von 1.45 Millionen für einen Ersatzneubau der Schulanlage Birchlen
- Budget 2020

Diese Geschäfte werden zurzeit in der GPRK beraten.

Folgende Beantwortungen des Stadtrates zu politischen Vorstössen sind neu beim Ratsbüro eingegangen:

- Interpellation von Julian Croci (GP) und 9 Mitunterzeichnende „Mitnahme-Verbot Hauptsammelstelle und Schliessung der Brockenstube des Frauenvereins“
- Interpellation von Stefanie Huber (glp/GEU) und 3 Mitunterzeichnende „Stadtentwicklung Hochhäuserzone“
- Interpellation von Flavia Sutter (GP) und Hanna Baumann (SP) zum Ombudsbericht 2018.
- Schriftliche Anfrage von André Csillaghy (SP) zum Einsatz des Stadtrates für preisgünstige Wohnungen
- Schriftliche Anfrage von Paul Steiner (SVP) zum SR Beschluss 19-242 vom 11. Juli 2019 „Corporate Identity und Design; Überarbeitung, Grundsatzentscheid Logo“

Die ersten beiden genannten Interpellationen sind für diese Sitzung traktandiert. Die stadträtliche Antwort zur Interpellation betreffend Ombudsbericht 2018 ist erst nach dem Versand der Traktandenliste für diese Sitzung eingegangen. Diese wird darum an der nächsten Sitzung behandelt. Die schriftlichen Anfragen sind mit der Beantwortung durch den Stadtrat erledigt.

Seit der letzten Sitzung wurde folgender politischer Vorstoss neu eingereicht:

- Interpellation von Flavia Sutter (GP) und Hanna Baumann (SP) zu den Ombudsberichten 2017.

Diese Interpellation wird an der nächsten Büro-Sitzung behandelt und formell geprüft.

Fraktionserklärungen oder persönliche Erklärungen

Persönliche Erklärung Patrick Schnider (SP)

„Ich stehe zwar wahrscheinlich nachher noch einmal hier vorne, aber ich wollte die Gelegenheit nutzen, um Sie darüber zu informieren, dass ich aus beruflichen Gründen den Rücktritt aus dem Gemeinderat gebe und es heute Abend meine letzte Gemeinderatssitzung ist. Ich möchte mich bedanken für die Zusammenarbeit in den letzten acht Jahren, bei allen anwesenden Gemeinderatsmitgliedern aber auch früheren Mitgliedern. Es war für mich eine spannende und lehrreiche Zeit und ich hoffe, dass auch meine Nachfolgerin oder mein Nachfolger in seiner bzw. ihrer Ratszeit, dieselben interessanten Erfahrungen machen darf, wie ich es durfte.“



**2. Interpellation Julian Croci (GP) und 9 Mitunterzeichnende „Mitnahme-Verbot Hauptsammelstelle und Schliessung der Brockenstube des Frauenvereins“ /
Beantwortung
GR Geschäft Nr. 86/2019**

Stellungnahme Erstunterzeichner Julian Croci (GP)

„Ich möchte mich herzlich für die Beantwortung der Interpellation bedanken und freue mich zu erfahren, dass die Stadt Dübendorf wenigstens vereinzelt Gegenstände vor der unnötigen Vernichtung rettet. In der Beantwortung wurden viele Probleme genannt, die bis jetzt ein unkompliziertes und nicht kommerzielles Angebot verunmöglicht haben. Als Hauptproblem hat sich herausgestellt, dass die Stadt Dübendorf beziehungsweise die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Werkhofs nicht das Recht haben, zu entsorgende Gegenstände ohne die Einwilligung der Besitzer weiterzugeben. Weiter befürchtet die Stadt Dübendorf, dass ein allfälliges Angebot genutzt werden könnte, Entsorgungsgebühren zu umgehen. Schlussendlich ist die Stadt Dübendorf auch ein gebranntes Kind. Bei früheren Bring- und Hol-Tagen haben wenige Personen ein solches Verhalten an den Tag gelegt, dass sich die Stadt Dübendorf gezwungen sah, diesen sinnvollen Event einzustellen.

Glücklicherweise ist die Stadt Dübendorf aber immer für neue Vorschläge offen. Deshalb bringe ich nun ein paar Vorschläge ein. Für kleine Gegenstände wie Teller, Vasen oder Bücher würde es sich anbieten ein kleines Regal auf dem Gelände des Werkhofes aufzustellen, in welchem diese platziert werden können mit dem impliziten Einverständnis, dass andere sie auch wieder mitnehmen dürfen. Nach einer bestimmten Zeit könnte der Regalinhalt dann entsorgt oder dem Brockenhaus weitergegeben werden.

Dieses Angebot könnte schlecht ausgenutzt werden, um Entsorgungsgebühren zu umgehen, schliesslich kostet die Entsorgung von Büchern und Tellern schon heute nichts. Das Einverständnis für eine Weitergabe wäre bereits gegeben. Da ich davon ausgehe, dass es sich bei der Zusammenarbeit mit der Brockenstube des Blauen Kreuzes primär um grössere Gegenstände wie Möbel handelt, wäre diese Zusammenarbeit nicht gefährdet. Schlussendlich wäre es auch eine Entlastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Werkhofes, weil sie kleine Gegenstände nicht erst erspähen müssten und auch nicht umständlich die Einwilligung der ehemaligen Besitzerinnen einholen. In Uster gibt es das beschriebene Angebot übrigens seit längerem, es hat sich also auch schon in der echten Welt bewährt.“

Stellungnahme Stadtrat

Keine

Stefanie Huber (glp/GEU)

„Es ist vielleicht nicht schlecht, das Thema der Brockenstuben in Dübendorf einmal auf das politische Tapet zu bringen. Das gibt nämlich die Möglichkeit, allen privaten BetreiberInnen solcher Brockenstuben für ihren Einsatz zu danken. Es gibt in Dübendorf viele Angebote; jene des Blauen Kreuzes, jene des gemeinnützigen Frauenvereins, das Brockenhaus Emmaus. Es gibt zwischen Frühling und Herbst etwa jeden Monat einen Flohmarkt. Dazu kommt die Kinderkleiderbörse des Elternvereins und ständige Kinderkleiderbörsen. Das sind nur jene, die mir bekannt sind, es gibt vielleicht noch weitere Angebote, v.a. sicher auch ähnliche Angebote in den Schulen.

Dass ein solches Angebot nicht Kernaufgabe der Stadt ist, kann man so sehen und ist auch richtig, wenn doch viele private Angebote funktionieren. Wenn man aber weiss, dass der Bedarf da ist, könnte man als Stadt all die Angebote besser bekannt machen. Möglichkeiten dafür sind Schilder auf der Sammelstelle, eine Sammlung der Angebote auf der kommunalen Website, Hinweise im Abfallkalender, Umwelttipps im Glattaler u.v.m. Denn es geht hier um Ressourcen, weshalb man das als Beitrag zur Nachhaltigkeit sehen kann. Als Informationsplattform hat die Gemeinde durchaus eine Aufgabe zu leisten, die sonst niemand in dieser Form wahrnehmen kann. Sollten bspw. in den



Schulen Bedürfnisse für Börsen o.ä. bestehen, könnte die Schule ja auch Unterstützung leisten, wo SchülerInnen sich engagieren möchten, vielleicht auch zusammen mit dem Kinder-/Jugendrat. Etwas konsterniert hat mich die Aussage, dass der Bring- und Holtag seit 2012 nicht mehr durchgeführt werden konnte, weil es damals ausgeartet ist. Dübendorf ist seit vielen Jahren Energiestadt und in diesem Netzwerk bieten die Gemeinden, teils zusammen mit Vereinen, zu Hunderten diese Tage an. Wenn diese Gemeinden das schaffen, könnte man sich dort ja mal umschaun, wie ein solches Angebot zu bewirtschaften wäre, damit es eben nicht ausartet. Der Stadtrat schreibt „Dennoch ist die Stadt offen für neue Vorschläge und prüft laufend weitere Angebote und Möglichkeiten“. Aus der heutigen Diskussion, zusammen mit den Inputs aus der Interpellation wie der Einbezug von Personen, die im ersten Arbeitsmarkt aktuell keine Stelle finden, kommen einige Punkte zusammen, die man nun – hoffentlich ressortübergreifend – einmal prüfen kann.“

Patrick Schnider (SP)

„Die Interpellation von Julian Croci findet bei der SP Resonanz und wir unterstützen seine Stellungnahme. Wir haben aus der Bevölkerung viele Stimmen gehört, die uns gesagt haben, dass sie es schade finden, dass von der Hauptsammelstelle keine Gegenstände mehr mitgenommen werden dürfen. Viele Leute haben sich gefreut, intakten Gegenständen ein neues Zuhause zu bieten und waren stolz auf Trouvaillen, die sie gefunden haben. Wir verstehen aber natürlich auch, dass mit den Problemen, die aufgetreten sind, das System nicht einfach so weitergeführt werden kann. Wir finden es sehr schade, dass ein sinnvolles, unkompliziertes Angebot der Habgier einzelner Personen zum Opfer fallen musste. Durch das Fehlverhalten einiger professioneller Händler wird nun die ganze Bevölkerung Dübendorfs bestraft.

Wir begrüßen deshalb, dass sich die Stadt offen zeigt, mit neuen, unkomplizierten Angeboten diese Lücke zu füllen und zu ermöglichen, dass wiederverwertbaren Gegenständen ein zweites oder sogar drittes Leben ermöglicht wird.“

Die Interpellation ist damit abschliessend behandelt und abgeschrieben.

3. Interpellation Stefanie Huber (glp/GEU) und 3 Mitunterzeichnende „Stadtentwicklung Hochhäuserzone“ / Beantwortung GR Geschäft Nr. 94/2019

Stellungnahme Erstunterzeichnerin Stefanie Huber (glp/GEU)

„Hatten Sie schon mal Gelegenheit, sich das Gebiet zwischen Stettbach, Ringstrasse und Zwicky näher anzuschauen? Die Baustellen in Augenschein zu nehmen, auf der Terrasse eines neuen Restaurants zu sitzen, den Kindern auf den Spielplätzen zuzusehen, oder durch den gerade mehr oder weniger fertiggestellten öffentlichen Park des Jabe-Towers zu schlendern?

Letzten Freitag haben wir das mit Interessierten, Vertretungen der Stadt und Fachleuten aus dem Naturschutz gemacht. Die Begehung hat die Beantwortung der Interpellation gut ergänzt und einige Präzisierungen vorweggenommen. Denn die Interpellation wollte wissen, wie der Stadtrat die Qualität dieser verdichteten Quartiere längerfristig gewährleisten will.

Die wichtigsten Punkte sind für unsere Fraktion:

- Eine themenübergreifende, vernetzende Planung ist gefragt. Aufenthaltsqualität, ökologische Anliegen, innovative Energie- und Verkehrskonzepte erfordern die Zusammenarbeit zwischen Bauherrschaft, Architekten, Planern, Landschaftsarchitekten, Gärtnerbetrieben, und von ihnen allen mit der Stadt, vielleicht sogar mal mit den Besitzern der Nachbarparzelle. Der



Austausch zwischen den Abteilungen und Exekutivmitgliedern, wie er in der Interpellationsantwort erwähnt ist, ist hier ein Schritt in die richtige Richtung, aber wohl erst der Beginn. Leider ist eine nachhaltige Planung, wie wir sie verstehen, immer noch nicht Standard bei den meisten Disziplinen. Wir können in Dübendorf z.B. mit den Gestaltungsplänen hierzu Rahmenbedingungen festlegen.

- Als Stadt sind wir hier gefordert, die Rahmenbedingungen entsprechend zu setzen und hohe Anforderungen festzuschreiben. In Dübendorf wollen die Eigentümerschaften bauen – nutzen wir das, um für unsere Bevölkerung möglichst viel herauszuholen, sei es bei Energie-, Verkehrs-, Biodiversitätsthemen, aber auch Aufenthaltsqualität und Nutzungsmix. Wir alle werden in den kommenden Jahrzehnten davon profitieren, wenn die dichten Quartiere in Dübendorf gut gebaut und in vielerlei Hinsicht gut erschlossen sind.
- Die Stadt betont, dass sie bereit ist, aus den bisherigen Erfahrungen zu lernen. Das können wir sehr unterstützen. Die anstehende Revision der Bau- und Zonenordnung ist der grösste Hebel, um Lehren aus der Vergangenheit für die Zukunft zu nutzen. Auch wenn vieles nun schon geplant ist, bleiben uns doch noch diverse Projekte, wo sich das anwenden lässt.

Ich bedanke ich mich beim Stadtrat für die Antworten. Sie sind einigermaßen allgemein gehalten und nicht ganz so aussagekräftig, wie ich mir das gewünscht habe. In dem Sinne hoffe ich, dass der Stadtrat unsere Diskussion heute aufnimmt und bei der BZO-Revision eine für Dübendorf mutige Herangehensweise beschliesst, damit wir hier in den nächsten Jahren die Lehren aus den bisherigen Gestaltungsplänen ziehen können.

Gerne möchte ich noch auf einige Punkte näher eingehen, wobei ich mich v.a. auf die Aussenräume und Umweltthemen konzentriere:

- Die Basis für die heutige Entwicklung wurde bereits in den 80ern gelegt – heute zeigt sich, wie vorausschauend es damals war, an diesem Standort verdichtetes Bauen zu fördern und zu fordern. Das Zwicky-Areal zeigt eindrücklich, dass es etwa 20 Jahre braucht von der Idee bis zu einem lebendigen Quartier. Was wir heute planen, hat Auswirkungen für die nächsten Generationen; Sorgfalt ist angebracht. Die Stadt hatte die Intention, mit der Zentrumszone eine Planung über das ganze Gebiet zu leisten und für gewisse Aspekte eine parzellenübergreifende Planung zu gewährleisten - leider haben die Gerichte hier den Eigentümern Recht gegen und die Stadt zurückgebunden. Diese Arbeit ist nun leider für jedes Projekt neu zu leisten.
- Einiges ist heute gelungen oder scheint zumindest gut geplant. Beispiele dazu sind die Abgabe im Baurecht für die Hoffnig, die Fassade des Jabee-Towers, das Projekt „fil bleu“ für die Gewässerräume im Glattal, und die Aussenräume hätten wohl noch mehr Potential, wenn die Stadt da nicht schon länger den Finger darauf hätte. In der Interpellation wird das Freiraumkonzept erwähnt. Schon lange im Gespräch, ist es nicht öffentlich verfügbar. Ich nutze die Interpellationsantwort also auch, den Stadtrat darum zu bitten, dieses zur Verfügung zu stellen.
- Für den Bereich Energie & Umwelt ist das Potential in unseren Augen besonders gross, dafür haben wir die BZO-Revision sowie das Postulat Artenschutz, wo wir in der kommenden Zeit Pflöcke für die Zukunft einschlagen können. Das Knowhow in diesen Bereichen und die Erfahrung der aktuellen Crew in Stadtrat und Verwaltung gilt es hier zu nutzen.
Bei der Biodiversität sind wichtige Stichworte eine stärkere Vernetzung der verschiedenen Grünräume, die Berücksichtigung der Anpassung an den Klimawandel sowie das Vermeiden neuer Fallen für die Tiere, z.B. sind grosse Fenster oder grosse Beleuchtungen für Vögel oft tödlich. Die Gestaltungspläne sind rechtskräftig, die Gebäude teilweise gebaut – aber könnten wir uns nicht überlegen, als Stadt die Biodiversität in den Aussenräumen in Absprache mit den Eigentümern zu verbessern? Das wäre vielleicht aus dieser Diskussion heraus ein Input für die Beantwortung des Postulats Artenvielfalt – sich auch zu überlegen,



wie viel uns als Stadt die Aussenräume und ihre ökologische Wertigkeit „wert sind“ und wie wir das verbessern können.

Bei Energieanliegen sollte man in meinen Augen für solche Gestaltungspläne vom Minergie-Fokus abkommen. Es geht um Zielsetzungen, nicht Detailvorschriften. Ein SIA-Effizienzpfad oder ein innovatives Energiekonzept bringt bspw. bei einem Jabee-Tower sicher mehr als Minergie. Auch wäre es nötig, von reinen Vorschriften zum Bau abzukommen – das neue Minergie-Modul Betriebsoptimierung und das Zertifikat 2000-Watt-Areale machen es vor, wie man in den Betrieb hineinwirken kann. Vielleicht auch hier ein Ansatz für die neue BZO und die nächsten Gestaltungspläne.

- In der Interpellation steht, dass man sich 2013/2014 im Planungsverband Region Zürich und Umgebung zum Thema ausgetauscht hat. Das ist begrüßenswert, aber das mal wieder aufzufrischen wäre vielleicht nicht ganz falsch – die Leute haben gewechselt, es sind neue Themen und Erkenntnisse dazugekommen (Stichwort Anpassung an den Klimawandel).“

Stellungnahme Stadtrat

Keine

Patrick Walder (SVP)

„Die SVP Fraktion dankt dem Stadtrat für die ausführliche Beantwortung der spannenden Interpellation, welche sich mit den Herausforderungen des verdichteten Wohnens, insbesondere in Hochhäuserzonen beschäftigt. Die SVP Fraktion möchte aber in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass diese Herausforderungen mitunter durch die massiv verfehlte Einwanderungspolitik der eidgenössischen Räte zusätzlich vorangetrieben werden. So sind in den letzten 13 Jahren eine Million Personen zusätzlich in unser kleines Land eingereist. Im Jahr 2018 waren es immer noch 140'000 Personen, welche eingewandert sind, was Netto ein Plus für das Jahr 2018 von 55'000 Personen ergibt. 55'000 Personen, welche alleine im Jahr 2018 hiergeblieben sind, bedeuten fast zwei Mal die Einwohnerzahl Dübendorfs. Dass diese Personen entsprechend Ressourcen und nicht zuletzt auch Wohnungen benötigen, versteht sich von alleine. Wie auch bei den Sozialkosten, welche auf die Gemeinden auf Grund der Flüchtlingsschwemme 2015 langsam aber sicher zukommen, geht auch die ungesteuerte Masseneinwanderung an den Gemeinden nicht spurlos vorbei - was sich in Dübendorf neben dem Schulraumbedarf und weiteren Aufgaben, eben direkt mit den Herausforderungen hinsichtlich Hochbauten und verdichtetem Wohnen zeigt. Gerade weil dies die Probleme sind, welche schlussendlich die Gemeinden direkt betreffen, sind alle Parteien hier im Rat aufgefordert ihren kantonal- und eidgenössischen Parteien Beine zu machen und dieses Problem endlich anzugehen - sei es durch die konsequente Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative oder sei es durch die Begrenzungsinitiative, welche im nächsten Jahr zur Abstimmung kommt.“

Ivo Hasler (SP)

„Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um den Blickwinkel auch noch etwas zu drehen. Natürlich sind die Hochhäuser, die wir jetzt an verschiedenen Orten sehen, sehr dominant. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass Dübendorf auch an vielen Orten noch Areale mit sehr alter Bausubstanz – aus den 40er- oder 50er-Jahren hat, dies teilweise in aufgezonten Quartieren. Dort passiert teilweise unterhalb des Radars der Öffentlichkeit sehr vieles, z.B. Handänderungen von Liegenschaften, von denen man nicht einfach so etwas hört. Ich denke auch hierzu muss man sich im Rahmen der Revision des kommunalen Richtplans Gedanken machen, damit auch dort ein kontrollierter Wandel stattfinden kann. Ich denke hier an das Stichwort "Bodenpreispolitik". Wenn die Stadt hier die Möglichkeit hat, Boden zu erwerben, sollte sie dies unbedingt machen. Wenn ich in der Antwort auf die Interpellation lese „eine Aufrechterhaltung der Qualität von Liegenschaften über die Zeit kann



nicht eingefordert werden, da keine gesetzliche Grundlage dafür besteht.“ dann sollte eigentlich klar sein, dass dies ein zentrales Thema sein sollte und allenfalls auch die zukünftige Bodenstrategie der Stadt Dübendorf einfließen sollte.“

Die Interpellation ist damit abschliessend behandelt und abgeschrieben.

4. Bürgerrechtsgesuche

Die Präsidentin der Bürgerrechtskommission (BRK) informiert zu Beginn des Traktandums über das leicht angepasste Vorgehen der Kommission.

BRK-Präsidentin Ariane Egli (FDP)

„Die BRK hat sich in den letzten Monaten damit beschäftigt, wie sie zukünftig bei Gesuchen, zu denen ein Minderheitsantrag vorliegt, vorgehen soll. Dies weil sich in der Vergangenheit immer wieder gezeigt hat, dass die Begründung von Minderheitsanträgen auf Ablehnung an der öffentlichen Gemeinderatssitzung nur begrenzt mit dem Datenschutz vereinbar sind bzw. Argumente nicht öffentlich genannt werden konnten. Damit den Gemeinderatsmitgliedern dennoch die Begründungen für allfällige Minderheitsanträge vorliegen, werden diese Stellungnahmen der Minderheit jeweils bei den Unterlagen für die Gemeinderatsmitglieder in der Sitzungsapp eingestellt.

An den Gemeinderatssitzungen werden ab jetzt bei Gesuchen mit Minderheitsanträgen auf Ablehnung jeweils durch das Kommissionspräsidium – und nicht mehr wie bisher durch eine Sprecherin oder einen Sprecher der Minderheitsmeinung – die für die Minderheit umstrittenen Kriterien – genannt. So viel zum leicht angepassten Vorgehen.“

Gemeinderatspräsident Reto Heeb (BDP/CVP/EVP) informiert darüber, dass für zwei der an dieser Sitzung traktandierten Einbürgerungsgesuche ein Minderheitsantrag auf Ablehnung vorliegt. Den Mitgliedern des Gemeinderates liegt die schriftliche Stellungnahme bei den Akten vor.

Die übrigen Einbürgerungsgesuche wurden einstimmig zur Annahme empfohlen, daher wird bei diesen auf ein Referat der Bürgerrechtskommission verzichtet.

Der Gemeinderat fasst, gestützt auf Art. 29 Ziff. 4.12 der Gemeindeordnung der Stadt Dübendorf vom 5. Juni 2005, die nachfolgenden Beschlüsse.

4.1. Yilmaz Nurten, türkische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung GR Geschäft Nr. 53/2019

Stellungnahme Präsidentin Bürgerrechtskommission, Ariane Egli (FDP)

„Die Mehrheit der Kommission empfiehlt die Einbürgerung von Frau Yilmaz. Für eine Minderheit bestehen Bedenken bezüglich der Erfüllung des Kriteriums "enge Verbundenheit mit der Schweiz" und bezüglich der Deutschkenntnisse.“

Stellungnahme Mitglieder der BRK

Keine

Allgemeine Diskussion

Keine



Abstimmung

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK-Mehrheit mit 17 zu 13 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'450 Franken wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Yilmaz
Vorname	Nurten
Geburtsjahr	1965
Staatsangehörigkeit	Türkei

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

4.2. Barthes Pauline Danièle Charlotte, französische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung GR Geschäft Nr. 78/2019

Stellungnahme Präsidentin Bürgerrechtskommission, Ariane Egli (FDP)

„Die Mehrheit der Kommission empfiehlt die Einbürgerung von Frau Barthes. Für eine Minderheit bestehen Bedenken bezüglich der Erfüllung des Kriteriums „des Vertrautseins mit den schweizerischen Lebensverhältnissen, insbesondere dem Kontakt zu Schweizerinnen und Schweizern“.

Stellungnahme Mitglieder der BRK

Keine

Allgemeine Diskussion

Keine

Abstimmung

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK-Mehrheit mit 19 zu 13 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 725 Franken wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Barthes
Vorname	Pauline Danièle Charlotte
Geburtsjahr	2004
Staatsangehörigkeit	Frankreich



2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

4.3. Mavriqi Ganimete (serbische und montenegrinische Staatsangehörige) sowie die Kinder Mavriqi Elira (serbische und montenegrinische Staatsangehörige) und Arifi Mavriqi Vlera (französische Staatsangehörige), Dübendorf / Genehmigung GR Geschäft Nr. 74/2019

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 36 zu 0 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'450 Franken wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Mavriqi
Vorname	Ganimete
Geburtsjahr	1982
Staatsangehörigkeit	Serbien und Montenegro

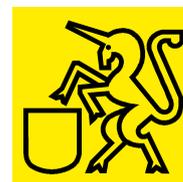
sowie die Kinder

Name	Mavriqi
Vorname	Elira
Geburtsjahr	2007
Staatsangehörigkeit	Serbien und Montenegro

und

Name	Arifi Mavriqi
Vorname	Vlera
Geburtsjahr	2018
Staatsangehörigkeit	Frankreich

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.



4.4. Rottler Silke Monika, deutsche Staatsangehörige, Gockhausen / Genehmigung GR Geschäft Nr. 75/2019

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 36 zu 0 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'450 Franken wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Rottler
Vorname	Silke Monika
Geburtsjahr	1969
Staatsangehörigkeit	Deutschland

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

4.5. Mc Carthy Charlotte Jasmine, französische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung GR Geschäft Nr. 80/2019

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 36 zu 0 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 725 Franken wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Mc Carthy
Vorname	Charlotte Jasmine
Geburtsjahr	2006
Staatsangehörigkeit	Frankreich

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.



5. 1. Fragestunde im Amtsjahr 2019/2020

Gemeinderatspräsident Reto Heeb (BDP/CVP/EVP) erläutert das Vorgehen. Insgesamt sind zwölf Fragen eingereicht worden. Die Behandlung erfolgt in der Reihenfolge des Eingangs. Der Ratspräsident weist darauf hin, dass die Begründungen zu den Fragen kurz zu halten sind und es keine anschliessende Diskussion gibt, aber der/die Fragesteller/-in oder ein anderes Ratsmitglied eine ergänzende Frage stellen kann.

1. Cornelia Schwarz (SVP): Vitrine für amtliche Publikationen

„Im Stadthaus steht eine Vitrine in welcher mitgeteilt wird, wer von der Dübendorfer Bevölkerung verstorben ist. Eine solche Vitrine steht ebenso vor dem REZ am Lindenplatz sowie im Gfenn und in Gockhausen.

Seit letztem Jahr werden in diesen Vitrinen keine Mitteilungen bzgl. den Verstorbenen mehr publiziert.

Frage

1. Da ich vermehrt darauf angesprochen wurde, warum diese Vitrinen diesbezüglich leer bleiben, möchte ich diese Frage an den Stadtrat stellen.

Stadtpräsident André Ingold (SVP)

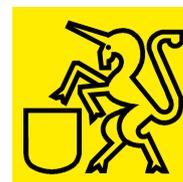
„Die Vitrinen an den Aussenstellen stammen aus einer Zeit, da neben den Todesanzeigen vor allem auch "amtliche Publikationen" wie Eheverkündungen, Abstimmungsergebnisse oder militärische Aufgebote der Öffentlichkeit durch Aushänge bekannt gemacht werden mussten. Bereits seit einigen Jahren sind die Vitrinen an den Aussenstellen praktisch nur noch mit den Todesanzeigen bedient worden.

Aus organisatorischen Gründen (u.a. im Hinblick auf die Aufhebung der Funktion des Stadtweibels) ist im Laufe des letzten Jahres auf die Publikation der Todesanzeigen an den Aussenstellen verzichtet worden. Dafür werden seither sämtliche Todesfälle im Glattaler publiziert, womit der diesbezügliche Informationszugang für alle Einwohnerinnen und Einwohner ermöglicht wird.“

2. Paul Steiner (SVP): Sonnenbergstrasse zum Dritten

„Die sogenannten verkehrsberuhigenden Massnahmen an der Sonnenbergstrasse von 2018/2019 waren schon zweimal Gegenstand von Fragen im Gemeinderat. Kritisiert wurde von verschiedenen Seiten, auch schon durch den jetzigen Fragesteller, das durch beidseitiges Parkieren aufgezwungene Slalomfahren, das schwierige Kreuzen mit andern Autos, den Velofahrerinnen und Velofahrern und besonders auch mit dem Bus. Auch gab und gibt es viele Stimmen die meinen, dass die Übersicht beim Fussgängerstreifen eingeschränkt ist und die Verkehrssituation durch die Massnahmen nicht sicherer wurde, sondern das Gegenteil zutrifft. Zuletzt, nach einigem gestalterischen Hin und Her wurde gefragt, wie die endgültige Gestaltung der Strasse und die Parkregelung aussehen sollen. Die damalige Antwort gab Hoffnung, dass die Massnahmen überdacht werden. Es wurden dann auch nach der Sanierung des Trottoirs nur im unteren Teil der Strasse – wo kein Bus verkehrt – wieder beidseitige Parkplätze geschaffen.

Im oberen Teil wurde erfreulicherweise darauf verzichtet und es wurde nur ein Platz auf einer Seite der Strasse markiert. Ich, und mit mir viele Anwohner haben sich wohl zu früh über den vermeintlichen Kompromiss, über die bessere Übersicht und über ein besseres Sicherheitsgefühl gefreut. Einige Wochen nach der vermeintlich finalen Gestaltung, wurden auf der anderen Seite doch



wieder Parkplätze aufgemalt. Damit stellt sich die Situation wieder gleichermassen unbefriedigend und gefährlich dar wie gehabt. Von Einlenken des Stadtrats keine Spur.“

Fragen

1. Was hat den Stadtrat bewogen, obwohl von vielen Seiten Kritik gekommen ist, die offensichtlich ungeliebten und für viele auch gefährlichen Massnahmen wieder zu treffen?
2. Weshalb dauerte es mehrere Wochen, bis dann doch die andere Seite auch noch mit PP beglückt wurde, obwohl alles fertiggestellt schien? Was gab den Ausschlag für diese nachträgliche Massnahme?
3. Durch welchen Artikel in der GO ist der Stadtrat befugt, solche Massnahmen auf der Sonnenbergstrasse zu treffen?
4. Was haben alle diese verkehrsberuhigenden Massnahmen an der Sonnenbergstrasse insgesamt gekostet?

Sicherheitsvorstand Hanspeter Schmid (BDP)

„Die Massnahmen wurden aufgrund der überhöhten, gemessenen Geschwindigkeiten getroffen. Aufgrund von diversen Rückmeldungen wurden die Verkehrsberuhigungsmassnahmen angepasst. Es gab kontroverse Rückmeldungen, die einen forderten mehr Beruhigung und die anderen weniger. Aufgrund der Meldungen entschied man sich vor den Sommerferien die Massnahmen erneut anzupassen. Dies folgte, auch aufgrund der Baustelle, in mehreren Etappen. Die jetzige Situation wird aufgrund der Sicherheit und den gefahrenen Geschwindigkeiten geprüft. Es werden Messungen der Geschwindigkeiten durchgeführt. Man bedenke, dass auf dieser Strecke vier verschiedene Faktoren berücksichtigt werden müssen. Ein sicherer Schulweg muss garantiert sein, es dürfen keine Parkplätze abgebaut werden, die Kreuzung Sonnenberg-/Hörnlistrasse/Im Branzenäsch muss sicher sein und die Normen des Trottoirs muss eingehalten werden.

Die Massnahmen sind nicht in der Gemeindeordnung geregelt. Es sind übergeordnete Gesetze die dies regeln, z.B. Kindergarten- und Schulkinder haben sogar einen verfassungsrechtlichen Anspruch auf einen zumutbaren Schulweg. Dieser leitet sich aus Art. 19 der Bundesverfassung ab. Das kantonale Strassengesetz beschreibt die Pflichten, die die Gemeinde einzuhalten hat.

Zum Schluss noch zu den Kosten: Es sind rund ca. Fr. 800.00 angefallen.“

Nachfrage Paul Steiner (SVP)

„Die Fr. 800.00 sind schlichtweg nicht nachvollziehbar, da dort jetzt ungefähr dreimal gebaut wurde. Der Aspekt mit der Geschwindigkeit ist sicher nachvollziehbar, aber ich denke die Situation ist sowohl für die Velo- und Autofahrer, sowie für den Bus für alle gefährlicher geworden.“

Sicherheitsvorstand Hanspeter Schmid (BDP)

„Bei den Fr. 800.00 handelt es sich um die externen Kosten für das Aufmalen der Markierung. Die weiteren Arbeiten wurden intern durch die Abteilung Tiefbau umgesetzt.

Zur Sicherheit: wenn du bessere Ideen hast, dann komm bitte auf mich zu. Im Moment haben wir das umgesetzt, was der Stadtrat für sicher hält und werden auch die Geschwindigkeit wieder messen.“

3. Angelika Murer Mikolasek (glp/GEU): Ausschreitungen am Bahnhof Dübendorf

„Vor Kurzem hat es grössere Ausschreitungen am Bahnhof Dübendorf gegeben. Nicht nur die Polizei, auch ein Journalist wurde angegriffen, und es kommt auch vermehrt zu Vandalismus. Unter anderem auch in den sozialen Medien werden diese Vorfälle heftig diskutiert. Ich stelle eine grosse



Verunsicherung fest betreffend die Ursachen solcher Ausschreitungen und die Frage, welche Handlungsmöglichkeiten die Stadt hat und ob sie diese genügend wahrnimmt.“

Fragen

1. Was kann der Stadtrat zum heutigen Zeitpunkt zu dieser Situation im Allgemeinen und insbesondere zu den Ursachen der Ausschreitungen sagen?
2. Besteht aus Sicht des Stadtrats Handlungsbedarf und wenn ja, welche Massnahmen kommen in Frage?
3. Kann der Stadtrat sich vorstellen, durch eine Teilnahme am Präventionsprogramm "RailFair" der SBB die Sicherheit am Bahnhof Dübendorf zu erhöhen? Dabei übernehmen Freiwillige sog. Bahnhofpatenschaften und sorgen mit ihrer Präsenz für mehr Sicherheit am Bahnhof. Auch Wetzikon und Uster haben solche Bahnhofpatenschaften.

Sicherheitsvorstand Hanspeter Schmid (BDP)

„Zu Frage 1: Wir sind in einem laufenden Verfahren und können grundsätzlich keine Detailskündfte geben. Die Ursachen und Zusammenhänge werden aufgrund der Ermittlungen geprüft. Die Lage wird ernst genommen und es sind kurzfristige Massnahmen vollzogen worden und mögliche langfristige Lösungen werden geprüft. Dübendorf als Stadt mit bald 30'000 Einwohnerinnen und Einwohner sieht sich leider vermehrt mit solchen Phänomenen konfrontiert, wie sie auch in anderen Ballungszentren vorkommen – sie sind also nicht "Dübendorf-spezifisch".

Zu Frage 2: Wir sind mitten im Verfahren und wollen zu möglichen Handlungen keine Stellung abgeben. Kurzfristige Massnahmen wurden vollzogen – die Polizeipräsenz am Bahnhof wurde ziemlich hochgefahren. Bei Aktionen im öffentlichen Raum müssen die Privatrechte auch immer beachtet werden. In Dübendorf ist dies sehr wichtig, da der immer wieder zu Diskussionen führende Teil der Unterführung privatrechtlichen Rechtsgrundlagen unterstellt ist.

Zu Frage 3: Besten Dank für den Vorschlag. Dies ist eine von vielen Möglichkeiten. Wichtig ist, dass wir den Fokus nicht nur auf dem Bahnhof haben. Wir müssen gesamtstädtisch oder sogar überkommunal denken.“

4. Stefanie Huber (glp/GEU): Neuer Auftritt ASZ

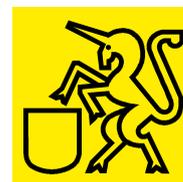
„Das Alters- und Spitexzentrum gibt sich einen neuen Namen – statt „Alters- und Spitexzentrum Dübendorf“ heisst es neu „IMWIL Alters- und Spitexzentrum“.“

Fragen

1. Was verspricht man sich mit diesem „frischen Wind“ für das ASZ?
2. Steht das ASZ in einem Wettbewerb, der es sinnvoll erscheinen lässt, dass man sich in Bezug auf Namen und Auftritt immer wieder einmal erneuert?
3. Verursacht diese Umstellung Kosten für die Stadt? Z.B. Kosten für Graphik/Design, neues Papier, neue Logos am Gebäude etc.
4. Die Stadt ist gemäss Informationen im Budget für das aktuelle Jahr ebenfalls an einem Redesign des CD/CI. Da das ASZ zur Stadt gehört, darf man davon ausgehen, dass dieser neue Auftritt mit der Stadt abgesprochen und koordiniert ist?

Sozialvorständin Jacqueline Hofer (SVP)

„Zu Frage 1: Der Abschluss des Erweiterungsbaus steht an und es geht jetzt darum, dass man nach X-Jahren ein neues Erscheinungsbild hat. Wir sind gut positioniert im Markt als moderner Betrieb und wollen Bezug schaffen zum Quartier "Will".“



Zu Frage 2: Ja, sicher steht das Alters- und Spitexzentrum Dübendorf im Wettbewerb, sowohl im stationären als auch im ambulanten Bereich. Der Wettbewerb verschärft sich noch mehr. Mit dem Tertianum Giessenzentrum (Eröffnung Herbst 2020) wird ein neuer, starker Player in Dübendorf sein.

Zu Frage 3: Die Beschlussfassung der Sozialbehörde über die Kosten der Umstellung steht noch aus. Die Frage wird beantwortet, sobald darüber Beschluss gefasst wurde.

Zu Frage 4: Der Stadtrat wurde am 1. März 2019 über die neue Namensgebung informiert.“

5. Daniel Burkhardt (SVP): Abfall und Recycling

„Per 01.06.19 wurde die Bevölkerung über Änderungen im Bereich Abfall und Recycling informiert. Dabei wurden zwei Punkte geändert, welche somit heute der Verordnung über die Abfallwirtschaft der Stadt Dübendorf (VAD) widersprechen.

VAD Art. 6 Abs. 2: «Allen Haushalten und Betrieben wird jährlich ein Abfallkalender zugestellt»

Schreiben Abteilung Tiefbau: «Für 2020 wird der Kalender nicht mehr per Post versandt. »

VAD Art 7 Abs. 4: «Abfahren und Sammelstellen stehen ausschliesslich der Gemeindebevölkerung und, soweit eine entsprechende Berechtigung besteht, den in der Stadt Dübendorf ansässigen Betrieben zur Verfügung»

Schreiben Abteilung Tiefbau: «Entsorgungsberechtigungen werden nicht mehr benötigt»

Frage

1. Der Bereich «Abfall und Recycling» verstösst gegen die aktuelle VAD. Wie stellt sich der Stadtrat die Lösung dieses Konfliktes vor, wenn man bedenkt, dass er die Verordnung nicht selber anpassen kann?“

Tiefbauvorstand Jürgen Besmer (FDP)

„Der Stadtrat will natürlich keinen Konflikt: Das heisst, wir werden allen Haushalten einen Abfallkalender und eine Entsorgungsberechtigung zustellen, dann stimmt das Vorgehen wieder mit der Abfallverordnung überein.“

6. Theo Johner (BDP/CVP/EVP): Qualitätssicherung im Einbürgerungsverfahren

„Die Stadt Dübendorf verlangt von Einbürgerungskandidaten im Hören und Sprechen das Niveau B1 und im Lesen und Schreiben das Niveau A2. Aus der BRK werden immer wieder einmal Zweifel an den Deutschkenntnissen einzelner Antragsteller gemeldet. Es kann nicht die Aufgabe des Gemeinderates sein, über die exakten Sprachniveaus der Kandidaten zu urteilen, dafür gibt es zertifizierte Institute. Daher stelle ich die nachfolgenden Fragen zur Qualitätssicherung im Einbürgerungsverfahren.

Ein erstes Einbürgerungsgespräch findet mit dem Stadtrat statt.

Frage Teil 1: Was unternimmt der Stadtrat, wenn die sprachliche Verständigung mit den Kandidaten im Einbürgerungsgespräch deutlich schwieriger ist, als man bei einem Niveau B1 erwarten dürfte?



Viele Kandidaten legen ihre Deutschtests bei der WBK Dübendorf ab. Diese ist eine Stiftung der Stadt Dübendorf und der Oberstufenschulgemeinde Dübendorf – Schwerzenbach. Der Stadtrat ist mit zwei Mitgliedern im Stiftungsrat vertreten. Die Stadt Dübendorf bezahlt einen signifikanten Beitrag an die Kosten der WBK. Die WBK bietet unter anderem TELC Tests an. TELC bietet auch einen "Deutschtest für Zuwanderer A2·B1" an. Die WBK spricht aber auf ihrer Webseite von einem "Standortbestimmungstest". Solche dienen üblicherweise der Selbsteinstufung und haben nicht den Wert eines Sprachzertifikates.

Frage Teil 2: Handelt es sich bei dem für das Einbürgerungsverfahren angewandten Deutschtest um den TELC "Deutschtest für Zuwanderer A2·B1" und wenn nicht, weshalb nicht und von wem stammt er?

Frage Teil 3: Wie funktioniert grundsätzlich die Qualitätssicherung bei der WBK? Im obigen Zusammenhang z.B. Wer überprüft, dass die Prüfer die Ausweise kontrollieren, spicken effizient unterbinden, bei der mündlichen Prüfung die richtigen Massstäbe anwenden etc. "

Stadtpräsident André Ingold (SVP)

„Antwort zu Frage Teil 1: Der Stadtrat stützt sich grundsätzlich auf die eingereichten Unterlagen wie Deutschtest oder Schulnachweis ab, welche bestätigen, dass die gesetzlichen Vorgaben betreffend Deutschkenntnisse erfüllt sind. Stellt sich während dem Gespräch heraus, dass die Deutschkenntnisse mangelhaft sind, kann der Stadtrat das Gesuch sistieren und den Bewerber für ein zweites Gespräch aufbieten mit dem Auftrag, seine Deutschkenntnisse in der Zwischenzeit zu verbessern. Vereinzelt werden die Bewerber auch darauf hingewiesen, dass sie ihre Deutschkenntnisse bis zum Gespräch mit der BRK verbessern müssen. In meinen 15-16 Monaten Amtszeit ist dies ca. dreimal vorgekommen.

Antwort zu Frage Teil 2: In der Regel handelt es sich beim angewendeten Deutschtest um den Kantonalen Deutschtest im Einbürgerungsverfahren (KDE). Der KDE wird vom Gemeindeamt zur Verfügung gestellt. Alle Testanbieter wie die WBK, welche diesen KDE anbieten, unterzeichnen eine Vereinbarung mit dem Gemeindeamt, in welcher sie sich verpflichten, sämtliche gesetzlichen und durch das Gemeindeamt vorgegebenen Anforderungen zu erfüllen.

Die Bewerber sind jedoch nicht verpflichtet, den KDE bei der WBK zu absolvieren. Sie können diesen auch bei einer anderen Institution, welche mit dem Gemeindeamt eine entsprechende Vereinbarung getroffen hat, absolvieren. Zudem werden von Gesetzes wegen auch andere Sprachnachweise akzeptiert, die über ein Test-verfahren erlangt wurden, das internationalen Testgütekriterien wie bspw. der Association of Language Testers in Europe (ALTE) entspricht. Dazu gehören insbesondere Sprachtests von Anbietern mit dem fide-Label (Schweizer Sprachen-pass) sowie Sprachtests mit dem telc- oder Goethe-Zertifikat.

Antwort zu Frage Teil 3: Das Gemeindeamt sorgt für die Weiterentwicklung und Qualitätssicherung des Sprachtests und regelt dessen Durchführung. Z.B. ist klar geregelt, wann eine Person vom Test auszuschliessend ist (z.B. durch Täuschungsversuche wie spicken) und wie die Prüfung abzufließen hat. Zudem verlangt das Gemeindeamt systematisch Rückmeldungen von den Testanbietern und kann Visitationen durchführen.“

Nachfrage Theo Johner (BDP/CVP/EVP)

„Zur Frage 1: habe ich es richtig verstanden, dass der Stadtrat also nie nachfragt bei Zertifikaten, die irgendwoher kommen, ob das Zertifikat tatsächlich von dort stammt oder ob es sich allenfalls um eine Fälschung handelt.



Zur Frage bezüglich der Qualitätssicherung: meine Frage war nicht, was vorgeschrieben wurde, sondern wer überprüft, dass die Prüfungen so abgenommen werden, wie sie es sollten?“

Stadtpräsident André Ingold (SVP)

„Also wenn es jemand kontrolliert, dann ist es nicht der Stadtrat, sondern die Verwaltung. Denn dort wird ja auch geprüft, dass die Unterlagen, die eingereicht wurden, richtig sind.

Und zur zweiten Frage: das ist das Gemeindeamt und nicht der Stadtrat, welches dies überprüfen muss. Dies ist in der Vereinbarung mit der WBK so unterzeichnet.“

7. Alexandra Freuler (SP): Veloverbot beim Parkplatz an der Schlosstrasse



„Der Parkplatz vom „IMWIL Alters- und Spitexzentrum“ an der Schlosstrasse ist seit einiger Zeit fertig erstellt. Neu hat es nun Verbotstafeln für Velofahrer, welche es ihnen nicht mehr erlauben, den Cheibenbuelweg via Parkplatz zu verlassen, sondern die Velofahrer müssen auf dem Cheibenbuelweg bleiben und das Reststück, welches sehr unübersichtlich ist, zu Ende fahren. Es kommt dabei immer wieder zu heiklen Situationen zwischen Fussgängern (Eltern mit Kind, BewohnerInnen mit und ohne Rollator und RollstuhlfahrerInnen, Hündeler etc.)“

Fragen

1. Was ist Sinn und Zweck dieser Verbotstafel?
2. Ist es möglich, diese Tafel zu entfernen?

Tiefbauvorstand Jürgen Besmer (FDP)

„Gerne beantworte ich diese Frage stellvertretend für die Bereiche Liegenschaften, Tiefbau und Sicherheit. Sinn und Zweck der Tafel ist einfach: Wir wollen nicht, dass die Velofahrer auf diesem Parkplatz herumfahren. Dies aus Verkehrssicherheitsgründen, weil die Fahrzeuge auf dem Parkplatz rückwärts und vorwärts manövrieren. Zudem hat es Personen die sich in diesem Bereich bewegen. Aber auch hierzu kann ich sagen, wir werden dies noch einmal aufnehmen und prüfen.

Zur zweiten Frage, ob die Tafel bleibt: zurzeit ist es angedacht, dass diese Tafel so stehen bleibt, aber wir werden es noch einmal hinterfragen.“

Nachfrage Alexandra Freuler (SP)

„Wird somit noch eine zweite Tafel auf der Schlosstrasse ergänzt, damit jene Velofahrer die von oben herkommen, die Verbotstafel auch sehen?“

Tiefbauvorstand Jürgen Besmer (FDP)

„Dieser Aspekt wird in der Prüfung ebenfalls berücksichtigt.“



8. Alexandra Freuler (SP): Durchgang Rollator / Rollstuhl beim Cheibenbuelweg



„Wie man auf dem Foto unschwer erkennen kann, gibt es zwischen dem Cheibenbuelweg und dem Parkplatz des Alters- und Spitexzentrum im Wil eine kleine Absperrung. Diese ist sowohl für RollstuhlfahrerInnen wie auch Rollator- BenutzerInnen eine echte Zumutung. (Als Tochter eines Tetraplegikers weiss ich wovon ich spreche).“

Frage

1. Ist es möglich, diese Absperrung in umgekehrter Reihenfolge aufzustellen, damit es für RollstuhlfahrerInnen und Rollator-BenutzerInnen zugänglicher ist?

Sozialvorständin Jacqueline Hofer (SVP)

„Die Situation wird in beiden Fällen geprüft und falls nötig verbessert. Im Grundsatz gilt die Behinderungsgerechtigkeit. In der Tiefgarage (Eröffnung im Oktober) befinden sich zwei weitere Behindertenparkplätze.“

9. Burkhard Huber (glp/GEU): Zivile Flugbewegung auf dem Flugplatz Dübendorf

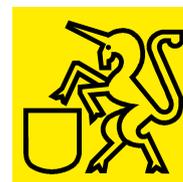
„In letzter Zeit scheinen sich Anlässe mit zivilen Flugbewegungen auf dem Flugplatz Dübendorf zu häufen, die nichts mit den eigentlichen heutigen Kernnutzungen zu tun haben. Jüngstes unüberhörbares Beispiel ist das Internationale Treffen „International Fellowship of Flying Rotarians“, einer Unterorganisation des Rotary Clubs, bei dem am Sonntag, 1. September 2019 19 Kleinflugzeuge aus der Schweiz und dem europäischen Ausland gelandet und wieder gestartet sind. Es gibt Teile in der Bevölkerung, die sich an zusätzlicher Lärmbelastung an einem Sonntag ohne jegliche Notwendigkeit stossen und die Durchführung solcher Anlässe als Provokation empfinden. Fragwürdig ist in diesem Fall zudem, dass dieser Anlass durch den Kommandanten der Luftwaffe bewilligt wurde.“

Frage

1. Wird der Stadtrat über solche Anlässe mit zivilen Flugbewegungen vor- bzw. nach der Bewilligung durch die Entscheidungsträger informiert?
2. Welche Position nimmt der Stadtrat zu solchen zivilen Flugbewegungen ein?
3. Was können der SR oder allenfalls die Bevölkerung selbst dagegen unternehmen?

Stadtpräsident André Ingold (SVP)

„Zu Frage 1: Der Stadtrat wird nach der Erteilung der Bewilligung von der Luftwaffe in Kenntnis gesetzt, mittels Medienmitteilung ca. drei bis vier Tage bevor sie ebenfalls im Glattaler erscheint.“



Zu Frage 2: Sie kennen das Gemeindekonzept und in diesem Konzept ist ganz klar festgehalten, dass der Stadtrat keine Zivil- oder Sportfliegerei möchte.

Zu Frage 3: Man kann der Luftwaffe Briefe schreiben oder sich beim "Lärmtelefon" melden, dass man mit dieser Fliegerei nicht einverstanden ist. Das ist das einzige was man im Moment machen kann."

Nachfrage Burkhard Huber (glp/GEU)

„Es ist weniger eine Frage aber eher eine Bemerkung. Das "Lärmtelefon" der Luftwaffe ist zu einer Farce verkommen. Man kommt sich lächerlich vor, wenn man dort anruft. Man kann sein Sprüchlein sagen und dann bekommt man deren Sprüchlein zur Antwort und damit hat es sich. Angeblich werden die Meldungen weitergeleitet, aber wohin erfährt man nicht.“

10. Julian Croci (GP): Sicherheit in Fuss- und Velounterführungen

„In der Stadt Dübendorf gibt es mehrere Unterführungen, welche von Fahrradfahrern als auch Fussgängerinnen genutzt werden. Dies bietet viel Konflikt- und Gefahrenpotential. Ein Beispiel für eine solche «gefährliche» Unterführung ist unter der Überlandstrasse zwischen dem Zwickysüd und dem Hochbord. Weil alle Eingänge beinahe rechtwinklig zur eigentlichen Unterführung angeordnet sind, ist es sowohl für Velofahrerinnen als auch für Fussgänger jeweils nicht möglich, beim betreten und durchqueren der Unterführung zu sehen, ob Gegenverkehr kommt. Dies führt zu vielen beinahe Kollisionen.

Durch Markierungen am Boden, die Rechtsverkehr anregen oder Spiegel, die die Einsicht auf die Rampen und Treppen gewähren, könnte sich dieses Problem entschärfen lassen.“

Frage

1. Ist sich die Stadt dieses Problems bewusst und arbeitet sie bereits an einer Lösung?

Sicherheitsvorstand Hanspeter Schmid (BDP)

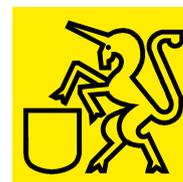
„Die explizit erwähnte Unterführung Ringstrasse/Überlandstrasse ist in der Hoheit des Kantons Zürich. Die Beurteilung der Gefahrenlage erfolgt durch die verkehrstechnische Abteilung der Kantonspolizei Zürich. Diese Fachstelle verfügt bei Strassenbauprojekten sämtliche Signalisationen und Markierungen. Bei bestehenden Bauten bewertet die Abteilung aufgrund der Unfallstatistik-/auswertung, ob allenfalls weiterführende Massnahmen zur Unfallminimierung nötig wäre.

Die Stadt hat im Rahmen der Velokonzepte alle Unterführung kontrolliert und wo nötig Verbesserungen umgesetzt und/oder dem Kanton in seinen Unterführungen (Memphis und auch Zwickly) auf Probleme hingewiesen. Bei der Unterführung Zwickly wurde dann die Beleuchtung vom Kanton verbessert. Der Kanton hat anlässlich dieser Überprüfung keinen weiteren Handlungsbedarf gesehen.

Erkannt wurde, dass der Verkehr in der Unterführung markant zugenommen hat. Es ist aber wichtig, die Situation zusammen mit dem Kanton neu zu beurteilen und weitere Massnahmen zu ergreifen.“

11. Julian Croci (GP): Vertragsende mit der ORS

„Verschiedene Gemeinden im Kanton Zürich schrieben in der letzten Zeit Aufträge in der Flüchtlingsbetreuung neu aus. Aus diesem Anlass wechselt zum Beispiel Dietikon von der ORS zu AOZ, auch wegen höherer Kosten bei der ORS. In diesem Zusammenhang würde uns die Situation in Dübendorf interessieren. Wer kündete den bestehenden Vertrag und handelt es sich bei den «anstehenden Anpassungen Vertragsinhalt» (Beantwortung Dringliche Interpellation Hanna Baumann vom 27.6.2019) um eine Preiserhöhung seitens der ORS?“



Frage

1. Hat die ORS oder die Stadt Dübendorf den Vertrag zur Flüchtlingsbetreuung gekündigt?
2. Handelte es sich bei den «anstehenden Anpassungen des Vertragsinhalt» um eine Preiserhöhung?

Sozialvorständin Jacqueline Hofer (SVP)

„Zu Frage 1: Die ORS hat den Vertrag per 31.12.2019 gekündigt und möchte per 01.01.2020 einen neuen Vertrag mit der Sozialbehörde abschliessen.

Zu Frage 2: Im Rahmen eines neuen Vertrages mit der ORS oder einem anderen geeigneten Anbieter sind die Tarife anzupassen, da sich die strukturellen und gesetzlichen Qualitätsanforderungen an die Unterbringung und Betreuung von Asylsuchenden und Flüchtlingen auf Gemeindeebene verändert haben.“

12. André Csillaghy (SP): Badisaison verlängern

„Einer der schönsten Orte von Dübendorf ist die Badi. Sie ist nicht nur eine sehr wichtige Infrastruktur für sportliche Aktivitäten und die Gesundheit der Bevölkerung, sondern auch ein Ort der Erholung und des Verweilens im Sommer, wenn, wie so oft, die Wohnungen überhitzt sind. Speziell wird sie von Kindern und Jugendlichen sehr geschätzt. Ich bewundere immer, wie glücklich sie dort sind. Es ist ein kleines Paradies.

Halt eben nur im Sommer. Dieses Jahr hat sie am 9. September die Tore geschlossen. Wie wir es in diesem Monat, aber auch letztes Jahr, und vorletztes Jahr erleben konnten, bis sogar gestern, wäre eine Benutzung der Badi weit über die aktuelle Schwimmbad-Saison bei vielen sehr willkommen. Ja, die Tage im Spätsommer sind kürzer, und das Wasser weniger warm, aber für sportliche und erholende Aktivitäten kann sie ihre Zwecke problemlos weiterhin erfüllen. Man könnte argumentieren, dass die Leute im September nicht mehr in die Badi gehen wollen. Das ist aber das Huhn und Ei Problem – wenn die Badi zu ist, können sie ja gar nicht wählen.“

Frage

1. Können wir die Saison der Badi Dübendorf verlängern?

Bildungsvorständin Susanne Hänni (glp/GEU)

„Dieses Jahr war es ja ganz gemein, am 8. September war der letzte Badi-Tag und es hat in Strömen gegossen und es war ca. 20 Grad. Dann das Wochenende später als sie geschlossen war, hatten wir wunderbares Wetter und 27 Grad und hätten sehr gerne noch einmal einen Tag in der Badi verbracht. Die Badi wird traditionell immer in der Woche vor dem Betttag geschlossen. Vor ungefähr vier Jahren wurde der letzte Tag vom Samstag auf Sonntag in der Vorwoche des Bettages verschoben. Aber das Problem im September ist, dass die Tage kürzer werden. Auch wenn es am Nachmittag manchmal noch richtig schön warm wird, ist die Wiese sehr lange richtig feucht, der Boden ein bisschen matschig und das Wasser ist in der Regel ca. 18 Grad oder kälter. Dazu kommt, dass das Personal benötigt wird, um die Eishalle bereit zu machen. Es wird so bereits zeitlich eng, dass alles bereit wird. Grob gerechnet benötigen wir für eine zusätzliche Woche 'Badi offen' ca. 210 Arbeitsstunden – bei CHF 60.00 sind dies rund CHF 13'000.00.

Ich war letztes Jahr am letzten Sonntag vor der Schliessung in der Badi. Es war ein schöner Tag aber es hatte trotzdem praktisch keine Besucher mehr. Man konnte die Anwesenden an zwei Händen abzählen. Man kann also sagen, es wäre toll, aber die Leute kommen einfach nicht mehr.“

Nachfrage anderes Ratsmitglied Ivo Hasler (SP)

„Als Anregung: in der Stadt Zürich gibt es jetzt den Versuch, die Badi auch als öffentliche Räume zu nutzen. Also man sagt, es gibt eine Zeit, in der man in der Badi nicht mehr den üblichen Eintritt



zahlen muss, aber den Raum als öffentlichen Raum anbietet. Es wäre vielleicht auch einmal interessant, über ein solches Konzept nachzudenken.“

Bildungsvorständin Susanne Hänni (glp/GEU)

„Danke ich nehme diesen Hinweis gerne in den Verwaltungsrat mit. In den Frühlingsferien gibt es bereits das Angebot einer Erlebniswoche für Kinder, welche vor der Öffnung der Badi-Saison stattfindet.“

Nachfrage anderes Ratsmitglied Julian Croci (GP)

„Gäbe es nicht die Möglichkeit, in den kälteren Herbsttagen einfach eine verkürzte Öffnungszeit bzw. nur einen abgesperrten Bereich für die Sportschwimmer anzubieten?“

Bildungsvorständin Susanne Hänni (glp/GEU)

„Da stellen sich die Herausforderungen mit der Wassertemperatur und der notwendige Aufwand wäre wohl kaum angemessen, zudem fehlt wie erwähnt das Personal.“

Einwände gegen die Verhandlungsführung

Gegen die Verhandlungsführung werden auf Anfrage des Gemeinderatspräsidenten keine Einwände eingebracht.

Gemeinderatspräsident Reto Heeb (BDP/CVP/EVP) macht abschliessend darauf aufmerksam, dass gegen die Beschlüsse wegen Verletzung von Vorschriften über die politischen Rechte und ihre Ausübung innert 5 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs in Stimmrechts-sachen beim Bezirksrat Uster, 8610 Uster, erhoben werden kann.

Im Übrigen kann wegen Rechtsverletzungen, unrichtiger oder ungenügender Feststellung des Sachverhaltes sowie Unangemessenheit der angefochtenen Anordnung oder Verletzung von übergeordnetem Recht, gestützt auf das Verwaltungsrechtspflegegesetz, innert 30 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs beim Bezirksrat Uster erhoben werden.

Schlussbemerkung

Das Büro des Gemeinderates wird an seiner Sitzung vom 21. Oktober 2019 darüber entscheiden, ob die Gemeinderatssitzung vom 4. November 2019 stattfindet.

Schluss der Sitzung: 20:27 Uhr

Für die Richtigkeit des Protokolls

Edith Bohli
Gemeinderatssekretärin



Eingesehen und für richtig befunden

GEMEINDERAT DÜBENDORF

Reto Heeb
Gemeinderatspräsident

Angelika Murer Mikolasek
Stimmenzählerin

Cornelia Schwarz
Stimmenzählerin

Andreas Sturzenegger
Stimmenzähler